

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Neue Schwerpunkte im Osthandel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1977) : Neue Schwerpunkte im Osthandel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 7, pp. 322-323

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135085>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

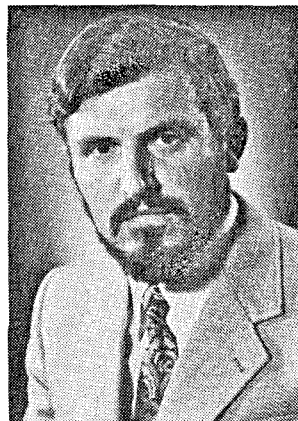
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Neue Schwerpunkte im Osthandel

Seit 1975/76 verläuft die Entwicklung im Osthandel in der Tendenz auf eine gewisse Konsolidierung hin. Dies sollte jedoch nicht zu der Annahme verführen, die seit Jahren diskutierten Probleme des Ost-West-Geschäfts würden sich in absehbarer Zeit mehr oder weniger von selbst lösen. Auch wenn es für die deutsche Exportwirtschaft, die bisher von der Expansion im Ost-West-Handel besonders stark profitierte, schmerzlich ist, so wird das Schwergewicht des deutschen Osthandels in den nächsten Jahren stärker als bisher bei den Importen aus Osteuropa liegen müssen.

Daß das Warenangebot aus Osteuropa bisher noch nicht befriedigend ausfällt, ist hinlänglich bekannt. Sowohl 1975 als auch 1976 lag der Anteil der Enderzeugnisse an den Importen aus den Staatshandelsländern nur bei rund 20 %, d. h. rund 80 % entfielen auf Rohstoffe, Halbwaren und Vorerzeugnisse. Bei den beiden größten osteuropäischen Handelspartnern, der Sowjetunion und Polen, gleichzeitig die beiden Länder mit der höchsten Verschuldung, ist der Fertigwarenanteil an den Lieferungen besonders niedrig.

Dies stimmt um so nachdenklicher, als für die meisten statistischen Warengruppen in der Bundesrepublik ein hoher Importbedarf besteht. Offensichtlich haben aber die sozialistischen Länder das Problem der Exportspezialisierung noch nicht befriedigend gelöst, um die gegebenen Chancen zu nutzen. Primär auf den Westexport gerichtete Produktionsspezialisierungen stehen zwar in sämtlichen RGW-Ländern zur Diskussion: Die kleineren Länder, die bereits eine vergleichsweise gute Lieferstruktur verwirklichen konnten — hier tragen zum Teil auch West-Kooperation und -Handel schon gewisse Früchte —, erwarten von ihren Bemühungen sogar den quantitativen Exportdurchbruch und die Überwindung der zum Teil langjährigen Defizitsituation. In den Westexporten der beiden größten Partner Sowjetunion und Polen zeigen sich aber bisher vergleichsweise geringe Effekte der auch dort angestrebten Produktionsspezialisierung. Gemessen an dem wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Potential scheint dies in Polen nicht zuletzt auf eine branchenmäßig zu breit angelegte Spezialisierung zurückzuführen zu sein, mit der Folge, daß viele Produkte noch immer nicht westlichem „Standing“ entsprechen. Im übrigen kann der notwendige Investitionsaufwand für den Aufbau einer schlagkräftigen Absatzorganisation und eines Servicesystems für viele Lieferbereiche vermutlich nicht gleichzeitig aufgebracht werden.

Im Hinblick auf die Sowjetunion stellt sich die Situation anders. Verfolgt man allein die mit westlichen Partnern geschlossenen Verträge über Aufbau und Ausbau von Produktionskapazitäten in den verschiedensten Branchen der sowjetischen Wirtschaft, so können sowjetische Äußerungen nicht leichtfertig in Frage gestellt werden, daß diese Projekte in zunehmendem Maße auch exportfähige Produkte hervorbringen werden. Da in der Regel bis zur Produktionsreife viele Jahre vergehen, ist nach Einschätzung westlicher Beobachter aber wohl doch erst zu Beginn des 1980 beginnenden Planjahr fünfths mit spürbaren Liefermengen technisch interessanter und westmarktfähiger Produkte aus der Sowjetunion zu rechnen.

Trotz aller Ausgleichstendenzen im Osthandel durch verstärkte Lieferanstrengungen der östlichen Länder sind die von Osteuropa gewünschten Exportmengen in der Bundesrepublik Deutschland und auf anderen westlichen Märkten kurzfristig nicht abzusetzen. Deshalb drängen sämtliche osteuropäischen sozialistischen

Länder insbesondere den wichtigsten westlichen Handelspartner Bundesrepublik Deutschland zur Annahme von Gegenlieferungen. Dies geschieht trotz der Einsicht einiger Länder, daß die Kompensation ein unzweckmäßiger Weg zur Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung ist. Zwar bewirkt die Durchsetzung von Kompensationen zunächst einmal eine Erhöhung der Exporte Osteuropas. Es liegt aber auch im Interesse des osteuropäischen Partners, ihn auf den dafür zu zahlenden Preis im Hinblick auf die Entwicklung der eigenen Exportfähigkeiten hinzuweisen. Langfristig beinhaltet die Kompensation nämlich für den osteuropäischen Partner das Problem, daß er nach wie vor nicht ausreichend lernt, sich den Marktbedingungen westlicher Länder zu stellen. Der Vorteil von Gegengeschäften wird die künftigen Exportchancen des östlichen Partners gegenüber dem Westen mit ziemlicher Sicherheit ungünstig beeinträchtigen. Dies auch dann, wenn im Laufe der Zeit die Angebotspalette aus Osteuropa differenzierter und qualitätsmäßig ein höheres „Standing“ erreichen wird. Die wegen der Kompensation unterlassenen eigenen Aktivitäten vor allem in den Bereichen Absatzorganisation und Service-system wiegen um so schwerer, als die auf den weltweiten Märkten der Bundesrepublik Deutschland sich heute in zum Teil hartem Wettbewerb gegenüberstehenden Anbieter aus anderen Ländern über derartige gut funktionierende Einrichtungen verfügen. Beizeiten unterlassene Aktivitäten könnten also eines Tages bedeuten, daß der notwendige Investitionsaufwand zur nachträglichen Schaffung der genannten Einrichtungen bei bestimmten Produktgruppen im Hinblick auf den dann zu realisierenden Marktanteil ökonomisch nicht mehr sinnvoll ist und der Absatz an sich marktfähiger Produkte nicht mehr realisiert wird.

Im übrigen scheint man in den Überlegungen zur Förderung der Ostimporte die in der Weltwirtschaft sich vollziehenden Veränderungen zu wenig zu berücksichtigen. Die mit einzel- und gesamtwirtschaftlicher Genugtuung zu verbuchenden Exporterfolge ließen bisher m. E. zu wenig Raum für die Frage, inwieweit eines Tages die notwendigerweise in starkem Maße ansteigenden Warenströme von Ost nach West von den Märkten zu verkraften sein würden. Dies gilt gleichermaßen für unabhängige wie für Lieferungen in Verbindung mit Kompensationsabsprachen.

Konnte man nämlich in früheren Jahren – zumindest bedingt – davon ausgehen, daß bei „normalem“ Konjunkturverlauf der deutsche Markt die eines Tages fälligen Warenströme aus dem Osten – entsprechende Qualität, Marketing etc. vorausgesetzt – aufnehmen würde, stellt sich inzwischen die Perspektive weniger problemlos dar. Die soeben vorgelegten Arbeitslosenzahlen scheinen die Erwartungen derjenigen zu bestätigen, die die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zu wesentlichen Teilen strukturell erklären und damit als längerfristiges Problem kennzeichnen. In dem hier angesprochenen Zusammenhang stellt sich also die Frage, inwieweit künftig zunehmende Warenströme – übrigens nicht nur aus Osteuropa, sondern auch aus den Entwicklungsländern – im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage wirtschaftlich und vor allem innenpolitisch zu verkraften sein werden.

Anstöße zu restriktivem Importverhalten könnten auch aus EG-Ländern mit vergleichsweise noch höheren Arbeitslosenquoten kommen. Das Problem nähme an Schärfe zu, wenn diese Importe weitere Umstrukturierungen mit noch mehr Arbeitslosen zur Folge hätten. Eine knappe eindeutige Antwort auf die gestellte komplexe Frage ist gegenwärtig nicht möglich. Um so wichtiger scheint es mir, zunächst wenigstens eine quantitative, strukturelle und zeitlich gestaffelte Bestandsaufnahme über die zu erwartende Angebotsentwicklung von Waren osteuropäischer Herkunft zu erstellen. Weiter sollten künftig neue Projekte von vornherein vor Vertragsunterzeichnung auch unter dem angesprochenen Aspekt geprüft werden. Es gilt zu vermeiden, daß heute konjunkturpolitisch willkommene Effekte weiterer Lieferungen an Osteuropa letztlich nicht nur zu einer Vertagung von Beschäftigungs- und Strukturproblemen auf morgen führen. Derartige Überlegungen – hier zugegebenermaßen sehr global vorgetragen – sollen die Wirkungen des Ost-West-Handels in keiner Weise dramatisieren; sie sind allein auf das wohlverstandene beiderseitige Interesse an einer soliden, künftig besser ausgeglichener Entwicklung im Ost-West-Handel gerichtet. Über Wege zur Lösung dieses komplexen Problems in den Wirtschaftskommissionen permanent nachzudenken, sollte nicht versäumt werden. Im Falle der Sowjetunion, vielleicht auch Polens, wäre es u. U. angemessen, eine Art Fachgruppe mit der Klärung dieser Frage zu beauftragen.